

Roger Schawinski

NO BILLAGE?

Die Gründe
und die Folgen



WÖRTERSEH

Roger Schawinski

NO BILLAG?

Die Gründe und die Folgen

WÖRTERSEH

*Wörterseh wird vom Bundesamt für Kultur mit einem
Strukturbeitrag für die Jahre 2016 bis 2020 unterstützt
und dankt herzlich dafür.*

Alle Rechte vorbehalten, einschliesslich derjenigen des
auszugsweisen Abdrucks und der elektronischen Wiedergabe.

© 2018 Wörterseh Verlag, Gockhausen

Lektorat: Andrea Leuthold, Zürich

Korrektorat: Claudia Bislin, Zürich

Umschlaggestaltung: Thomas Jarzina, Holzkirchen

Layout und Satz: Beate Simson, Pfaffenhofen a. d. Roth

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Print ISBN 978-3-03763-094-5

ePDF ISBN 978-3-03763-744-9

www.woerterseh.ch

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Faksimile des Bundesbeschlusses zur No-Billag-Initiative	12
---	----

Teil 1

Die Frontlinie	15
Und dafür soll ich Billag zahlen?	17
Olivier Kessler: Eine bessere Welt	25
Der Erzfeind	35

Teil 2

Die Fehler	43
Macht und Monopol	45
Dumm gelaufen	54
Sonderfall Schweiz	62

Teil 3

Die Probleme	67
Und was genau ist Service public?	69
SRG: Das Geldverschleuderungsmonster	78
Und dann dieses grässliche Programm!	89
Faktencheck SRG	98
Sündenbock Roger de Weck	113

Teil 4

Die Folgen	125
Fragen und Antworten	127
Der Tag danach	162
Denkzettel	168
 Danke	 175

Vorwort

No Billag kann die Schweiz stärker verändern als jede andere Abstimmung seit Generationen. Ein Ja zu dieser Initiative würde die Medienlandschaft in so gewaltigem Ausmass umpflügen, dass die Folgen noch nicht einmal in Umrissen erkennbar sind. Das Ende des mehrheitlich mit Gebühren alimentierten Radio- und TV-Systems wäre in Europa ohne Beispiel. Kein anderes Land hat sich entschieden, das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen auf einen Schlag abzuschaffen.

Dieses Buch will aufzeigen, wie sich die Schweiz in diese beispiellose Situation manövriert hat. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrungen in vielen Bereichen des Mediensystems möchte ich Hintergründe und Zusammenhänge aufzeigen, die zu einer faktengestützten Meinungsbildung beitragen sollen. Und dann geht es natürlich auch um das, was nach einem Ja zu erwarten wäre.

Frühere »epochale« Abstimmungen haben oder hätten viel weniger weitreichende Folgen gehabt, als es ein Ja zu No-Billag tun würde. Das Nein zur heftig umstrittenen EWR-Entscheidung im Jahr 1992, die bis heute als Paradebeispiel für eine Richtungswahl gilt, hatte nur beschränkte Auswirkungen. Dies, weil der EWR das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nur marginal berührt hätte. Auch mit dem später gewählten bilateralen Weg hat sich die Schweiz dem EU-Recht immer weiter angenähert. Die Unterschiede zu den im EWR verbliebenen EFTA-Staaten Liechtenstein, Norwegen und Island, zu denen wohl auch die Schweiz gehört hätte, sind deshalb vernachlässigbar.

Selbst eine Annahme der radikalen Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee, der GSoA-Initiative, die 1989 zur Abstimmung kam, hätte das Land nicht radikal umgepflügt. Zwar wäre eine mächtige und traditionell verankerte Organisation eingemottet worden. Aber das Leben in der Schweiz hätte sich dadurch nicht grundsätzlich verändert. Und auch die knappe Annahme der extrem scharf formulierten Masseneinwanderungs-Initiative im Jahre 2014 mit ihrer Absage an die Personenfreizügigkeit hat das Verhältnis zur EU nicht in den Grundfesten erschüttert. Durch die spätere, durch das Parlament verabschiedete Verwässerung wurde dieser Entscheidung die Wirkungskraft entzogen. Und es gibt noch eine Vielzahl weiterer solcher Beispiele.

Bei einer Annahme der No-Billag-Initiative wäre alles anders. Deshalb wird diese Entscheidung zur Mutter aller Ab-

stimmungen. Sie könnte zu massiven Verwerfungen im Mediensystem führen, das als vierte Gewalt im Staat bezeichnet wird. Und es gäbe keine Möglichkeit, dass Parlament oder Bundesrat dies wie in anderen Fällen hinterher abfedern könnten. Der knallharte Text der No-Billag-Initiative lässt keinen Interpretationsspielraum offen.

Wegen der Radikalität wurde das Anliegen zuerst belächelt und als völlig chancenlos abgetan. Hinzu kam, dass die kleine Truppe der politisch kaum verdrahteten No-Billag-Initianten ungelenk auftrat. Es war bereits eine Überraschung, dass sie für ihr Ansinnen die notwendigen Unterschriften zusammenbrachten. Mehr würde nicht sein, war man sich einig. Der Totalangriff auf die in allen Umfragen sehr positiv benotete Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) wurde deshalb lange als chancenloser Versuch einiger weniger Extremisten beurteilt.

Dass nun aber gemäss Umfragen mit einem knappen Ausgang zu rechnen ist, hat nicht nur in Kreisen der SRG, sondern bis hinauf zur Medienministerin Doris Leuthard zu panischen Reaktionen geführt. Denn die permanent mit strahlendem Lächeln auftretende Bundesrätin erinnert sich mit Schrecken an ihre bisher grösste Niederlage, als sie 2013 den Preis der Autobahnvignette erhöhen wollte. Bei der Volksabstimmung warfen über 60 Prozent aus Protest ein Nein ein, weil man die Preiserhöhung von 40 Franken auf immer noch massvolle 100 Franken als unsägliche und unnötige Abzockerei durch die Berner Elite empfand. Dieser Reflex kann sich jetzt wie-

derholen. Bei Gebühren kann der emotionale Widerstand eben leicht angestachelt werden, wie sich nun auch bei der No-Billag-Initiative wieder manifestiert.

Wie aber hat es so weit kommen können? Wer sind die Verantwortlichen für diese Form von russischem Roulette, das zurzeit mit unserem Mediensystem gespielt wird? Denn aus jüngsten Erfahrungen hat man gelernt, dass jede hart umkämpfte Volksabstimmung auch durch kleinste Erschütterungen in letzter Minute entschieden werden kann. Wenn es im Ergebnis um Zehntelprozente geht, stehen dem Zufall Tür und Tor offen.

Als Gründer von Radio 24 und Telezüri gelte ich als Medienpionier, der sich durch seinen jahrelangen Kampf gegen die SRG profiliert hat. Von vielen Beobachtern wird sowohl meine Tätigkeit als Moderator der SRF-Sendung »Schawinski« als auch mein Engagement gegen die No-Billag-Initiative als Seitenwechsel oder gar als Verrat an früheren Idealen gesehen. Wie ich es noch ausführlich erläutern werde, ist diese Sicht falsch. Ich führte von Beginn weg nicht einen Kampf gegen die Existenz der SRG, sondern gegen das Monopol der SRG und für mehr Medienvielfalt. Dabei habe ich die Führung der SRG oft hart kritisiert, die während der entscheidenden Jahre alles tat, um die von mir angestrebte Liberalisierung zu torpedieren. Aber es war nie mein Ziel, die SRG zu zerstören, wie es die No-Billag-Initiative bezweckt. Deshalb sehe ich es als meine Verantwortung, mich in diese wichtige Diskussion mit Fakten, Hintergründen und Prognosen einzubringen.

Das vorliegende Buch umfasst vier Teile. Im ersten Teil werden die unterschiedlichen Motive für ein Ja zu No Billag präsentiert. Dann werden die Initianten und ihre Motive durchleuchtet. Und schliesslich werden auch die Frontlinien aufgezeigt, die sich gebildet haben. Im zweiten Teil wird analysiert, wie es zu dieser aussergewöhnlichen Situation kommen konnte und wer dafür Verantwortung zu tragen hat. Im dritten Teil wird die SRG in all ihren Facetten durchleuchtet und aufgezeigt, wie sie die heutige Diskussion beeinflusst. Zudem wird untersucht, welches die Auswirkungen einer Annahme der Initiative für die privaten Sender wären. Im vierten Teil schliesslich werden die Folgen einer Annahme für die SRG und die Schweiz als Ganzes dargestellt.

Es ist möglich, einzelne Teile oder Kapitel zu überspringen. Man kann sich auch zuerst den Folgen der No-Billag-Initiative in Teil 4 zuwenden. Wenn man sich wirklich dafür interessiert, wie diese in der Geschichte der Schweiz einmalige Situation entstehen konnte, empfiehlt sich aber ein chronologisches Lesen dieses Buches.

Roger Schawinski, im Dezember 2017



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»

vom 29. September 2017

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 11. Dezember 2015² eingereichten Volksinitiative «Ja zur
Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 19. Oktober 2016³,
beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 11. Dezember 2015 «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 93 Abs. 2–6

² *Bisheriger Absatz 3.*

³ Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen.

⁴ Er subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen. Er kann Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen tätigen.

⁵ Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.

⁶ Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.

¹ SR 101

² BBJ 2016 378

³ BBJ 2016 8245

Art. 197 Ziff. 12⁴

12. Übergangsbestimmung zu Art. 93 Abs. 3–6

¹ Werden die gesetzlichen Bestimmungen nach dem 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt, so erlässt der Bundesrat bis zum 1. Januar 2018 die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

² Erfolgt die Annahme von Artikel 93 Absätze 3–6 nach dem 1. Januar 2018, so treten die erforderlichen Ausführungsbestimmungen auf den nächstfolgenden 1. Januar in Kraft.

³ Mit Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen werden die Konzessionen mit Gebührenanteil entschädigungslos aufgehoben. Vorbehalten bleiben Entschädigungsansprüche für wohlerworbene Rechte, die den Charakter von Eigentum haben.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Ständerat, 29. September 2017

Der Präsident: Ivo Bischofberger
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 29. September 2017

Der Präsident: Jürg Stahl
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

TEIL 1

DIE FRONTLINIE

Und dafür soll ich Billag zahlen?

Die grosse Krise begann mit einem Sieg der SRG, der sich aber wie eine Niederlage anfühlte. Am 14. Juni 2015 gewann die SRG die Abstimmung über ein neues Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) nur um Haaresbreite, nämlich mit bloss 50,08 Prozent der Stimmen. Dieses knappe Resultat kam deshalb völlig unerwartet, weil die Vorlage eine massive Senkung der Billag-Gebühren von 451 Franken auf unter 400 Franken vorsah, was eigentlich ein unschlagbares Argument für ein deutliches Ja hätte sein müssen. Doch das war es zur Verblüffung vieler Kommentatoren nicht. »Das ist eine Ohrfeige für die SRG«, titelte der »Blick« am nächsten Tag. Und die NZZ orakelte: »Die SRG wird mit härterem Gegenwind rechnen müssen.«

Doch diese Analysen griffen zu kurz, da sie das Resultat bloss als ernsthaftes Misstrauen gegenüber der SRG und ihrer FührungscREW deuteten. Diese soll in Zukunft mehr Demut zeigen, wurde ultimativ gefordert, und zusätzlich müsse der

Service-public-Begriff endlich klar definiert werden. Was damals aber von niemandem richtig erkannt wurde, war der in weiten Kreisen tief verwurzelte Hass auf die SRG. Das grosse Nein-Votum war in Wirklichkeit nämlich ein ohrenbetäubender Warnschuss, der bei nächster Gelegenheit von einer echten Explosion abgelöst werden könnte. Und mit der No-Billag-Initiative ist nun genau diese Situation eingetreten.

Für die SRG-Führung war das RTVG-Ergebnis ein gewaltiger Schock und wurde von ihr als ungerechter Liebenseintzug empfunden. In Umfragen war ihrer Institution doch immer ein hervorragendes Image bestätigt worden. Und nun diese öffentliche Klatsche? Was war denn schiefgelaufen? Etwas musste getan werden, aber was?

Als Erstes gelobte man öffentlich Bescheidenheit und versprach, sich vermehrt um die Anliegen des Publikums zu kümmern. Sichtbare Folge dieser Strategie war die neue Sendung »Hallo SRF!«, in der man Zuschauer ins Studio einlud, wo sie Kritik und Vorschläge anbringen sollten. Anwesend war jeweils auch der Radio- und Fernsehdirektor Ruedi Matter, der betonte, dass die vorgebrachten Anliegen ernsthaft geprüft würden. Doch diese Inszenierung war eine hilflose Augenscheinerei, mit der man Publikumsnähe bloss simulierte, da eine professionelle Programmplanung anderen Kriterien folgen muss als der Umsetzung der Einzelkritik zufällig ausgewählter Laien. Auch die im Oktober 2017 neu gewählte neue Form von »Hallo SRF!«, in der Zuschauer während einer Woche selbst Programme gestalten durften, war kaum mehr als